

# Jugendräte zwischen Auflösung und Aufbruch

**Kreis Ludwigsburg** Den Jugendgemeinderäten gehen vielerorts die Jugendlichen aus. Viele Kommunen probieren deswegen andere Formen der politischen Beteiligung. In manchen Orten läuft es mit dem Jugendgremium hingegen hervorragend. *Von Philipp Obergassner*

In der vergangenen Woche hat die Stadt Markgröningen eine Institution zu Grabe getragen: Der Jugendgemeinderat, etabliert im Jahre 1997 und damit einer der ersten im Landkreis Ludwigsburg, wurde aufgelöst. „Wir kriegen die Zahl der Jugendlichen einfach nicht mehr zusammen“, sagt Frank Becker, der Jugendpfleger der Stadt. 21 Mitglieder, die sich für eine Amtszeit von zwei Jahren aufstellen lassen, das sei heute einfach nicht mehr zu leisten bei einer Einwohnerzahl von 15 000 Menschen. Zum Vergleich: Pforzheim, eine Großstadt mit 120 000 Einwohnern, hat einen Jugendgemeinderat mit 20 Sitzen.

Markgröningen ist nicht die einzige Kommune im Kreis Ludwigsburg, die Probleme hat, genug Jugendliche zu finden, um das Gremium zu füllen. Einige Orte mussten den Jugendgemeinderat bereits nach wenigen Wahlperioden wieder auflösen, etwa Bietigheim-Bissingen und Möglingen. Andere, vor allem kleinere Kommunen, hatten noch nie einen Jugendgemeinderat und werden wohl auch keinen ins Leben rufen. Beispiele sind hier Gemmrigheim, Pleidelsheim und Mundelsheim. Ludwigsburg selbst hingegen geht genau in die

„Wir kriegen die Zahl der Jugendlichen einfach nicht mehr zusammen.“

Frank Becker, Jugendpfleger

andere Richtung: Dort hat der Gemeinderat im Juli beschlossen, nun doch einen Jugendgemeinderat einzurichten.

Das schwindende Interesse der Jugendlichen wird auch an Zahlen der Stadt Vaihingen deutlich. Dort gibt es seit 1995 einen Jugendgemeinderat. Während es damals noch 68 Bewerber und eine Wahlbeteiligung von 39 Prozent gab, waren es bei der vergangenen Wahl 2014 nur noch 34 Bewerber bei einer Beteiligung von 19,4 Prozent. Dort schwinden sowohl die Bereitschaft zum Engagement als auch das Interesse am Engagement der anderen.

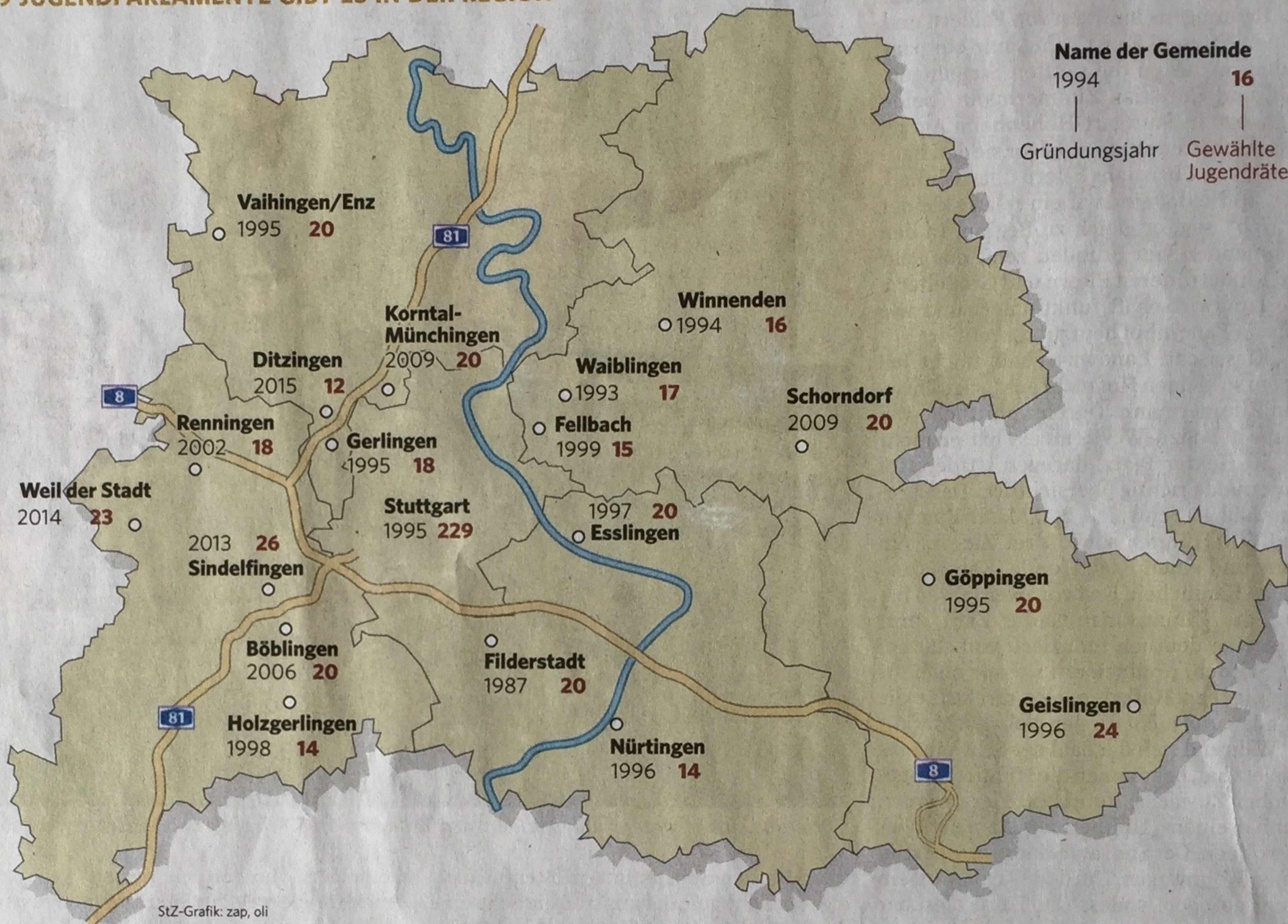
Anders läuft es in Gerlingen. Dort gibt es das Gremium seit 21 Jahren, und es ist nicht erkennbar, dass der Nachwuchs ausgehen könnte. Und im benachbarten Ditzingen startete das Jugendparlament im

## AUS DER GEMEINDEORDNUNG

**Pflicht** Eine Jugendbeteiligung in den Kommunen ist in Baden-Württemberg quasi per Gesetz vorgeschrieben. Seit dem Jahr 1998 stehen die Jugendgemeinderäte in der Gemeindeordnung. Sie wurde voriges Jahr dahingehend erweitert, dass die Vertretung der Jugend im Gemeinderat ein Rederecht, ein Anhörungsrecht und ein Antragsrecht haben soll. Im Idealfall verfügen die Jugendgremien auch über einen eigenen Etat für Veranstaltungen, Jugendprojekte und Öffentlichkeitsarbeit.

**Geschichte** Der erste Jugendgemeinderat in Deutschland und gleichzeitig in Baden-Württemberg wurde 1985 in Weingarten eingerichtet. Mittlerweile gibt es im Land 84 Jugendgemeinderäte. Der Wahlturnus reicht von zwei bis zu vier Jahren, die Mitgliederzahl ist abhängig von der Größe der Kommune. Auch das passive Wahlrecht variiert. Im Schnitt dürfen Jugendliche im Alter von 13 Jahren bis 19 Jahren ihre Vertreter wählen. *pho*

## 19 JUGENDPARLAMENTE GIBT ES IN DER REGION



Herbst mit viel Engagement und Ernsthaftigkeit. Der richtige Gemeinderat buhle bereits um Nachwuchskräfte, heißt es.

Eine Alternative zur festen Institution Jugendgemeinderat sind derweil Jugendforen, in denen sich die Leute themen- und projektbezogen einbringen können, ohne sich auf Jahre zu verpflichten. So hat Sachsenheim beispielsweise im April das Projekt „Deine Stadt, deine Stimme“ auf den Weg gebracht. Am Ende sollen zwar auch dauerhafte Beteiligungsstrukturen etabliert werden wie in Form einer Jugenddelegation mit Vorschlags- und Rederecht im Gemeinderat. Aber es soll insgesamt niederschwelliger bleiben und in themenbezogenen Arbeitsgruppen ablaufen.

Ähnliches versucht nun auch Markgröningen: Ein Jugendbeirat, paritätisch besetzt mit je sieben Jugendlichen und Erwachsenen, soll stärkere Beteiligung bringen und kulturelle, soziale und politische Projekte für die Jugend voranbringen. Der Beirat soll wirken wie ein Ausschuss des Gemeinderats, mit einem empfehlenden Abstimmungsrecht für das Plenum. Laut Jugendpfleger Becker ist der Beirat im Kreis bislang beispiellos. Der Vorschlag kam aus dem Jugendgemeinderat selbst.

Mitgetragen hat ihn beispielsweise Anna Festag, die Sprecherin des derzeitigen Jugendgemeinderates, der sich nach der jetzigen Wahlperiode auflösen wird. „Es ist schon ein bisschen schade, aber so ist es die beste Lösung“, findet die 18-Jährige. Ob sie sich auch für den Beirat aufstellen lassen will? „Ich will auch anderen mal eine Chance geben“, sagt sie.

## Pro

### Politik lernen

**Institution** Mit dem Gremium fängt Demokratie an. *Von Rafael Binkowski*

Die Jugend ist politikverdrossen, spielt nur noch „Pokémon Go“ und interessiert sich nicht für das Allgemeinwohl? Von wegen! In 84 Kommunen im Land lässt sie sich in Jugendgemeinderäte wählen, beschäftigt sich mit der Kommunalpolitik und vertritt ihre Interessen im Rathaus. Das ist gut so. Auf lokaler Ebene ist Demokratie am anschaulichsten und kann spielerisch eingeübt werden, weil sie unmittelbare Ergebnisse zeigt. Die Jugendlichen lernen in diesem Gremium, dicke Bretter zu bohren, sich für ihr Anliegen zu engagieren, ein Budget zu verwalten, sich langfristig und verbindlich für die Allgemeinheit einzusetzen und Interessenkonflikte zu moderieren. Was kann man sich mehr wünschen?

Diesen Mehrfacheffekt schafft nur ein Jugendgemeinderat. Alle anderen Formate wie Foren, Projekte oder Jugendbeiräte sind zu unverbindlich oder versammeln lediglich institutionalisierte Berufs Jugendliche. Zudem fehlt es ihnen an demokratischer Legitimation, weil sie nicht direkt gewählt sind. Allzu oft sind sie auch vom Goodwill des Bürgermeisters abhängig. Sie sind meistens Alibiveranstaltungen.

## Kontra

### Politik leben

**Ideen** Die Teilhabe junger Leute geht auch anders. *Von Philipp Obergassner*

Es wäre wohlfeil, die vielerorts rückläufige Beteiligung an Jugendgemeinderäten der allgemeinen Politikverdrossenheit der Jugendlichen zuzuschreiben. Studien zeigen regelmäßig, dass junge Menschen keineswegs so desinteressiert an Politik sind, wie man häufig annimmt. Vielmehr sollte man überlegen, ob ein solches Gremium noch die zeitgemäße Form für eine Beteiligung der jungen Bürger ist. Auch politische Parteien klagen über Nachwuchsprobleme, denn junge Leute engagieren sich heute lieber themenbezogen. Längerfristiges verbindliches Engagement, das möglicherweise erst einmal keine Erfolge zeitigt, wird von der pragmatischen jungen Generation eher abgelehnt.

Die Aufgabe einer Kommunalverwaltung wäre nun, dieses punktuelle Engagement zu fördern, zu kanalisieren und mit dem Gemeinderat zu koppeln. Dann wären es am Ende nicht mehr nur wenige junge Politikfunktionäre, die sich repräsentativ für ihre Altersgenossen einsetzen, sondern alle Jugendlichen im Ort, die beispielsweise gerne eine Skateranlage hätten. So könnte demokratische Politik gelebt werden, statt sie nur im Kleinen zu imitieren.